



Volker Gerhardt

Europa als politischer Großversuch. Nachdenken über Motive der Gegner der EU

In: Nida-Rümelin, Julian / Daniels, Detlef von / Wloka, Nicole (Hrsg.): Internationale Gerechtigkeit und institutionelle Verantwortung. – ISBN: 978-3-11-061586-9. - Berlin: De Gruyter, 2019. S. 179-194

(Forschungsberichte / Interdisziplinäre Arbeitsgruppen, Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften ; 41)

Persistent Identifier: [urn:nbn:de:kobv:b4-opus4-31565](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:kobv:b4-opus4-31565)

Die vorliegende Datei wird Ihnen von der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften unter einer Creative Commons Attribution-NonCommercial-ShareAlike 4.0 International (cc by-nc-sa 4.0) Licence zur Verfügung gestellt.



Volker Gerhardt

Europa als politischer Großversuch. Nachdenken über Motive der Gegner der EU

1 Viele Gegner und manche Feinde

Bei der Ankündigung des Titels für diesen Beitrag hatte ich mich noch nicht entschieden, ob ich nur von „Gegnern“ oder nicht auch von den „Feinden“ Europas sprechen sollte. Mit dem Schreiben des Textes war als Erstes klar, dass die ohnehin problematische Unterscheidung Carl Schmitts zwischen *hostis* und *inimicus* gerade in einer politischen Bewertung nicht zu verwenden ist. Also spreche ich in der hier verfolgten politischen Absicht nur von „Gegnern“ und nicht von „Feinden“. Die „Feinde“, die es natürlich auch gibt, sind etwas für die Polizei und den Staatsanwalt.

Ferner habe ich von der strikten Trennung zwischen „innen“ und „außen“ abgesehen. Stehen die Europa-Gegner in London noch innerhalb der EU oder haben sie nicht schon lange vor der Volksabstimmung draußen gestanden? So wie die Protagonisten des *Brexits* können eigentlich nur Menschen argumentieren, die noch nie aus der Perspektive Europas gedacht haben; gleichwohl ziehen sie einen Großteil ihrer Argumente aus Erfahrungen, die sie als Europäer und als Mitglieder der Europäischen Union gewonnen haben.

Zu einem milderen Urteil hat mich überdies meine Einsicht in den Kommisscharakter alles Politischen kommen lassen. Sie lässt mich geneigt sein, in der Beschreibung politischer Verhältnisse möglichst viele Handlungsoptionen offen zu halten. Daher empfiehlt es sich, Gegensätze nur dort als unversöhnlich anzusehen, wo unmittelbare Gewaltanwendung droht.

Eine Ausnahme muss ich freilich bei kriminellen Akteuren machen, wie etwa bei denen, die für den Terror in Europa verantwortlich sind. Nicht nur hier in Europa treten Gruppen auf, die mit angemessenen religiösen Versatzstücken islamischer Herkunft mörderische Anschläge zu rechtfertigen suchen, mit denen sie angeblich politische Veränderungen erzwingen wollen. Sie gehören gewiss zu den Feinden Europas.

Nur verdienen sie es nicht, als politische Akteure angesehen zu werden. Sie sind einfach nur verbrecherisch und müssen entsprechend behandelt werden.

Ich nehme Überlegungen auf, die erstmals vor zehn Jahren unter dem Titel: „Laboratorium Europa“ (Gerhardt 2008, S. 218 – 232) vorgetragen wurden.

Hinzu kommt, dass sie, wie wir wissen, in sich zusammenfallen, sobald ihnen die Mittel fehlen, die durch Leistungen anderer erwirtschaftet werden. Denn es handelt sich um räuberische Clans, die ihre operative Macht aus dem Einsatz von Waffen und den ihnen vornehmlich durch Öl und Rauschgift zufließenden Finanzmitteln gewinnen. Sie suchen die Schwäche der zuständigen Staaten zu nutzen, um sie als Ganze zu Fall zu bringen.

Ein Problem ist allerdings, dass es auch Staaten gibt, die allein von den Mitteln leben, die sie aus dem Verkauf der Schätze aus ihrem Boden beziehen. Sie setzen keine nennenswerte eigene Arbeitskraft ein, brauchen ihre Bevölkerung weder zu schulen noch zu bilden und stützen ihre Macht im Inneren wie nach außen allein auf den Einfluss, den sie durch den Handel mit ihren Bodenschätzen gewinnen. Die Verabschiedung der Menschenrechts-Charta der Vereinten Nationen hätte eigentlich dazu führen müssen, dass solche Staaten die Anerkennung in der Familie der Völker verlieren. Doch so weit geht die Beachtung der Charta leider auch bei erklärten Demokratien nicht. Wo Geschäfte gemacht werden können, sind die Prinzipien rasch vergessen. Also muss man mit ansehen, wie Staaten, die im Inneren auf Terror gegründet sind und in anderen Staaten den Terrorismus finanzieren, als Geschäftspartner anerkannt sind und sogar hofiert werden. Solange das so ist, werden Rechtsstaaten keinen Mangel an Feinden haben.

2 Die politischen Folgen der kolonialen Vergangenheit

Man darf freilich nicht übersehen, dass hier auch eine verbrecherische Vergangenheit des alten Europa Folgen zeitigt. In vielen Gegenden Afrikas sowie im Nahen Osten hat der europäische Kolonialismus die gewachsenen kulturellen Traditionen zerstört. Die dann oft erst im 20. Jahrhundert geschaffenen und mit willkürlich gezogenen Grenzen versehenen Staaten finden bis heute nicht zu einer stabilen politischen Verfassung. Einige von ihnen haben es eine Weile lang mit einem nationalistisch aufgeladenen Staatssozialismus versucht; aber nach dem Zusammenbruch des sowjetischen Kommunismus sind sie zwischen die Fronten der seit Jahrhunderten verfestigten religiösen Gegensätze geraten. Staaten dieser Art haben ihr Gemeinsames darin, dass sie die Eigenständigkeit des Politischen gar nicht kennen.

Von diesen Staaten drohen Europa Gefahren, die sich nicht auf den Export des Terrorismus beschränken. Mindestens genauso groß ist die Bedrohung durch die Kriege, die im Vorderen Orient geführt werden. Die haben ihre Ursache in der

Konkurrenz beim Zugang zu Ölquellen und Opiumfeldern; sie werden durch die religiösen Gegensätze innerhalb des Islam verschärft. Ihre Frontstellung gegenüber Israel liegt offen zutage.

Überall kann es hier, wie jüngst in Syrien und im Jemen, zu Gewaltexzessen kommen, von denen der europäische Archipel allein schon durch seine Nachbarschaft betroffen sein wird. Es dürfte sicher sein, dass dann der Zustrom an Migranten weiter anschwillt und nicht zuletzt auch deshalb die aus dem Nahen Osten nach Westen verlagerten Konflikte auch Europa in Mitleidenschaft ziehen.

Um dem vorzubeugen, hat Europa die – ihm auch durch die historischen Versäumnisse seiner alten Kolonialmächte auferlegte – Verantwortung, zur Vermittlung und zur Befriedung beizutragen. Dazu gehört auch das Werben für die in Jahrhunderten verlustreicher binneneuropäischer Kriege gewachsene Einsicht, dass für den Frieden nichts wichtiger ist als die Trennung von Politik und Religion. Ohne religiöse Toleranz ist eine den Interessen der Menschen dienende Politik nicht möglich. Ohne Toleranz gibt es auch in Europa keinen Frieden.

3 Der Vorrang der Zivilität

Mir ist bewusst, dass es auch in Europa Staaten, Parteien und religiöse Gemeinschaften gibt, die nicht begreifen wollen, dass Politik und Religion nur zusammen bestehen können, wenn sie ihre Einflussphären nicht vermischen. In Griechenland ist der orthodoxe christliche Glaube bis heute Staatsreligion. Aber aus der Tatsache, dass wir im eigenen Haus selbst noch Probleme zu lösen haben, können wir nicht den Schluss ziehen, wir könnten die wichtigste zivilpolitische Errungenschaft Europas – die Trennung von Politik und Religion – ausgerechnet dort schweigend übergehen, wo diese Trennung noch nicht einmal gewollt ist. Denn die rechtsverbindliche Separierung von Religion und Politik ist die Grundlage einer verlässlichen Sicherung des Gebots der Toleranz. Solange dieses Gebot nicht anerkannt ist, kann jederzeit aus politischer Gegnerschaft unversöhnliche politische Feindschaft erwachsen.

Ob der römische Cato mit seinem gegen Karthago gerichteten *ceterum censeo* recht hatte, mögen die Althistoriker beurteilen. Heute wäre Catos Formel angebracht, wo immer im internationalen Zusammenhang politische Beratungen oder Verhandlungen zu eröffnen sind. Gewiss ist damit nicht schon garantiert, dass ein dauerhafter Frieden folgt. *Doch ehe die Religionen nicht von der politischen Machtausübung ablassen und solange Staaten sich etwas vom Rückhalt bei Glaubensgemeinschaften versprechen, wird es keinen Frieden geben.*

Damit soll und darf keiner Religion verwehrt sein, zur politischen Urteilsbildung ihrer Gläubigen beizutragen. Aber die kann mit Blick auf das Ganze einer

Gesellschaft nur moralische Geltung beanspruchen; was darauf folgt, hat in jedem Einzelfall unter einem individuellen Vorbehalt zu stehen. Das Ziel einer politischen Empfehlung unter religiösem Anspruch kann nur in einer geschärften persönlichen oder privaten Urteilsbildung bestehen. Niemand darf eine solche Verpflichtung als allgemein verbindlich ansehen.

Das religionspolitische *ceterum censeo* gilt unter allen Bedingungen. Es ist mit Blick auf die Vereinigten Staaten und Russland nicht weniger angebracht als in der Bewertung kultureller oder persönlicher Optionen in Deutschland – insbesondere dort, wo es um medizinethische und biopolitische Themen geht. Aber das Gebot einer Trennung von Politik und Religion ist gegenüber der islamischen Welt von besonderem Gewicht. Solange die Mullahs und die Imame politische Macht ausüben, kann es in diesen Ländern keine an Menschenrechten orientierte Politik geben. Solange ist dort auch nicht an Demokratie zu denken. Hinzu kommt, dass die geistlichen Herrscher das weltpolitische Klima nachhaltig vergiften und durch ihren grenzüberschreitenden Einfluss auf Migranten in Europa gravierende Störungen verursachen können.

Die Migranten, die wir gern willkommen heißen, sofern sie bereit sind, sich an die grundrechtlichen Bedingungen zu halten, sind hier längst zu einer kritischen Masse geworden, die keineswegs nur mittelbar mit der europäischen Krise verbunden ist. Dies wohlgermerkt nicht, weil sie hier Asyl erhalten, sondern weil die europäische Politik nicht in der Lage ist, ihr eigenes bürgerliches Selbstverständnis verbindlich zu machen. Sie hat nicht nur Integrationshilfen zu geben, sondern auch klar zu machen, was Freiheit, Gleichheit und Rechtmäßigkeit im Umgang der Menschen miteinander bedeuten. Hier versagt auch die Bundesrepublik zumindest in den Fällen offen praktizierter Selbstjustiz sowie bei der massiven Ungleichbehandlung der Geschlechter.

4 Ein spezielles Versagen in Deutschland

Von hochrangigen Politikern der Bundesrepublik war wiederholt zu vernehmen, der Islam „gehöre“ zu Deutschland. Auch diese gedankenlose Rede erfüllt den Tatbestand einer ungenügenden Unterscheidung zwischen Religion und Politik. Der damalige Bundespräsident Wulf und später auch Bundeskanzlerin Merkel wollten offenbar sagen, dass Muslime in Deutschland willkommen sind und hier der Ausübung ihrer Religion ungehindert nachgehen dürfen. Das aber so zu formulieren, als sei der Islam ein historisch gewachsener Bestandteil im eigenen Land, der vielleicht sogar auf gleicher Stufe mit den christlichen Konfessionen und den jüdischen Gemeinden steht, ist ein geschichtliches Fehlurteil ersten Ranges.

Natürlich kann und muss man sagen, dass die Religionsfreiheit in unserem Land grundrechtlich geschützt ist. Und man sollte gleich ergänzen, dass Moslems, gegen die keine strafrechtlichen Bedenken bestehen und die sich hier integrieren wollen, auf gleiche Behandlung Anspruch erheben können. Aber so wurde es nicht formuliert! Im Herbst 2015 und in der ersten Jahreshälfte 2016 war es gewiss auch gut, dass sich Politiker zur Willkommenskultur, die im Land überall zu beobachten war, bekannten. Doch dabei so weit zu gehen, die historischen Gegebenheiten im eigenen Land zu verleugnen, war für jeden, der den Beitrag der Christen und Juden zur europäischen Kultur der Deutschen einzuschätzen weiß, eine Zumutung.

Hinzu kommt, dass dieselben Politiker, die hier den Islam zu den angeblich gewachsenen Beständen deutscher Kultur zu erklären suchen, offenbar über die Unterdrückung der Juden und Christen in ihren Gastländern kein öffentliches Wort verlieren. Tatsächlich aber hätte gerade auch bei solchen Besuchen ein *centerum censeo* zu vernehmen sein sollen, um die Gastgeber an die von ihnen vorenthaltene Religionsfreiheit zu erinnern. Es gibt keinen Grund, die Tatsache zu verschweigen, dass die überwiegende Mehrheit der islamischen Staaten es ablehnt, sich zu den *Menschenrechten* zu bekennen, und dass die *Scharia* es verbietet, ein höheres, die Bestimmungen des Koran notfalls auch einschränkendes Gesetz anzuerkennen.

Angeblich gewährt die Scharia Interpretationsspielräume. Der türkische Verbandsvorsitzende einer großen Vereinigung zahlreicher Moscheen erklärt auf Podiumsdiskussionen auf Kritik an der Politik seines Dachverbands, für ihn sei das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland die Scharia. Diese abenteuerliche Behauptung bekommt man natürlich nur zu hören, wenn man zuvor Kritik geäußert hat. Warum sollte man nicht auch bei Staatsbesuchen eine Probe auf das Exempel machen? Man darf sich auch auf dem diplomatischen Parkett nicht davon abhalten lassen, seinen eigenen Standpunkt deutlich zu machen. Und das ist spätestens dann geboten, wenn es sich um das Menschenrecht auf Religionsfreiheit, um die Wahrung der Toleranz und den Schutz der Grundrechte handelt.

5 Die Bedeutung der Öffentlichkeit

Die genannte Differenz hat das Zeug, bei den sich gegen ein Umdenken sperrenden Gesellschaften *Feindschaften* zu nähren, die Europa als Ganzes treffen können. Deshalb ist es wichtig, diese Feindschaft, die uns derzeit wesentlich durch den Terror einzelner Gruppen bedroht, gar nicht erst als *politisch* einzustufen, sondern als *kriminell* zu werten und zu bekämpfen. So sollte es möglich

sein, die sich zu Täuschungszwecken auf den Islam berufenden terroristischen Feinde Europas allein einer hoffentlich bald besser kooperierenden *europäischen Polizei* zu überlassen.

Zu den effektiv wirksamen „Feinden“ Europas können wir auch die *Mafia* rechnen, die Italien politisch zerrüttet hat und der das offenbar gerade auch in der *Slowakei* zu gelingen scheint. Sie richtet nicht nur auf dem gesamten Balkan schweren wirtschaftlichen und politischen Schaden an; auch in Deutschland scheint ihr Einfluss nicht unerheblich zu sein. Die *Mafia* kann als eine Gefahrenquelle erster Ordnung gelten, muss aber politisch vornehmlich durch gute Gesetze und durch eine auf moralischen Selbstansprüchen beruhende rechtliche Gesinnung eingedämmt werden. Hinzu gehört eine wirksame Korruptionsabwehr durch das Gebot umfassender Transparenz und durch effektive Polizeimaßnahmen. Ein „Feind“ im engeren politischen Sinne ist die Mafia so wenig wie es die syrischen Familienclans sind, die neuerdings als Organisatoren von Serienstraf-taten von sich reden machen.

Als politische Gegner im engeren Sinn können nur die sich in Parteien organisierenden Gruppierungen und die von ihnen dominierten Staaten gelten. Das verbindliche Kriterium für ihre politische Arbeit ist die durchgängige *Öffentlichkeit* ihrer Arbeit – eben die Öffentlichkeit, die Feinde scheuen.

In Europa wurde die politische Arbeit von Anfang an – und zwar spätestens mit den Reformen Solons um etwa 590 v. Chr. – als öffentlich begriffen. Im Orient ist schon der *Codex Hammurabi* öffentlich verkündet und auf Stelen oder Tafeln für jeden sichtbar ausgestellt worden. Dazu bedurfte es keiner eigenen gesetzlichen Regelung. Vielmehr gehört die Öffentlichkeit implizit zur wirksamen Geltung des Rechts.

So haben wir sie auch im Europa der Gegenwart zu verstehen. Alle Verwaltungsakte und alle politischen Entscheidungen der EU haben öffentlich zu sein. Und sie waren es von Anfang an, obgleich es immer wieder die abstrakte Klage gab, Europa fehle die Öffentlichkeit. Jürgen Habermas hat sie über Jahre hinweg immer wieder von Neuem angestimmt und dabei, verständlicherweise, seinen eigenen Begriff einer aktiv organisierten und gezielt genutzten Öffentlichkeit zugrunde gelegt.

Doch darin liegt eine aktivistische Verkürzung: Öffentlichkeit ist nicht erst dort gegeben, wo grenzüberschreitende und massenwirksame Diskurse stattfinden und alles für alle aktuell und ausdrücklich in den Medien zu finden ist (vgl. Gerhardt 2012). Diese Öffentlichkeit stellt sich unter den Kommunikationsbedingungen der Gegenwart schon von selbst ein, sobald ein Problem Aufmerksamkeit findet und Neugierde weckt. So ist es seit Jahrzehnten auch in Europa, und es hat sich in der jüngsten Zeit in der Griechenland-Krise, mit den aufkommenden Flüchtlingsströmen und beim *Brexit*, mit allen Vor- und Nachteilen der öffentli-

chen Meinungsbildung, in besonderem Maße gezeigt. In politischen Krisen ist die mediale Öffentlichkeit Europas so präsent, wie wir es im nationalen und regionalen Rahmen gewohnt sind – von Naturkatastrophen, Terroranschlägen oder großen Sportereignissen ganz zu schweigen.

Das für die Öffentlichkeit Entscheidende erfolgt aber in den politischen Vorgängen selbst. Sie sind als rechtlich-politisches Geschehen öffentlich. Dafür ist durch die Einbindung so vieler unterschiedlicher staatlicher und wirtschaftlicher Interessen in Europa sogar in besonderer Weise gesorgt. Und wo die rechtlichen Bestimmungen oder die guten Sitten verletzt sind, kann man sicher sein, dass die öffentliche Aufmerksamkeit in Europa besonders groß ist. Notfalls haben auch hier die Gerichte tätig zu werden.

Natürlich ist sowohl den Brüsseler Entscheidungen wie auch ihrer komplexen Vorbereitung in den einzelnen Ländern größte Transparenz zu wünschen – und nach Möglichkeit auch zu geben. Doch wenn das nicht gelingt, weil etwa die Materie zu trocken ist oder die Dringlichkeit nicht gleich zu erkennen ist, folgt daraus nicht, dass es in Europa keine Öffentlichkeit gäbe. Und wenn es „zu wenig“ Öffentlichkeit geben sollte, ist daraus auch kein grundsätzliches Argument gegen die EU abzuleiten. Entscheidend ist, dass, wenn man mehr wissen möchte, die Möglichkeit bestehen muss, die Informationen auch zu erhalten.

Hat man den nicht nur verständlichen, sondern in vielen Fällen auch berechtigten Wunsch, mehr zu erfahren, oder wünscht man, dass Debatten in allen europäischen Sprachen stattfinden, kann man fordern, mehr für die Publizität der politischen und administrativen Prozesse zu tun. Es ist eine (auch staatlich zu fördernde, allerdings nicht zu steuernde) Aufgabe der publizistisch organisierten Öffentlichkeit, bei den Wahlen zum Europaparlament oder bei der Neukonstituierung der Brüsseler Kommission für die Information der Bürger möglichst in allen Mitgliedsländern zu sorgen.

Doch welche Initiativen man hier auch immer ergreift: Nichts sorgt verlässlicher für die Aufmerksamkeit einer großen Öffentlichkeit als eine Sensation, mag sie durch eine singuläre Leistung, eine Katastrophe oder einen Konflikt verursacht sein. Wann hätte man jemals mehr Bilder aus dem Englischen Parlament, von Downing Street 10 oder aus der Cité Européenne in Brüssel gesehen als während des Brexit-Trauerspiels?

6 Der politische Rang der Repräsentation

Von analogen Missverständnissen getragen ist die Kritik am vermeintlichen Übergewicht an *Repräsentation* im politischen System der Europäischen Gemeinschaft. Man kennt das aus der Kritik am Parlamentarismus und von den

Vorschlägen, der „Basis“ zu größerem Gewicht und zu erhöhtem Einfluss auf Einzelentscheidungen zu verhelfen. Wer hier vorbehaltlos zustimmt, hat offenbar vergessen, dass die erste Demokratie der Geschichte der Menschheit an einer rechtlich nicht regulierten Übermacht der Volksversammlungen und ihrer manipulativ erzeugten Dauerpräsenz zugrunde gegangen ist. Wer das nicht wusste oder nicht wissen wollte und wem es daher in den letzten Jahren gar nicht genug „direkte Demokratie“ geben konnte, der ist angesichts der Erfolge des aus der „Basis“ aufgestiegenen Populismus merklich zurückhaltender geworden.

Politische Organisationen, wenn sie nicht direkt aus der verfügenden Herrschaft einer Klasse oder eines Oberherrn hervorgegangen sind, entstehen ja überhaupt erst in und mit der Einsicht, dass eine Volksversammlung das, worum es ihr geht, zwar beschließen, aber nicht auch selbst umsetzen kann. Sie braucht Vertreter, also „Repräsentanten“, die treuhänderisch für sie handeln. Dabei muss das Volk die Erwartung haben können, dass es auch zwischen den Wahlen ihrer Repräsentanten einen möglichst bestimmenden Einfluss auf die Akteure ausüben kann. So kommt es zur Einrichtung von Räten und Ämtern mit periodisch gesichertem Zugang, vereinbarten Zuständigkeiten und herausgehobenen Rechten und Pflichten. Es ist die *Repräsentation*, die den Aufbau und die Tätigkeit eines politischen Körpers möglich macht. Das ist in der Europäischen Union nicht nur nicht anders, sondern es ist hier besonders schwierig, weil es angesichts ihrer selbst aus repräsentativ aufgebauten Staaten bestehenden Träger gar nicht anders möglich ist. Die gewünschte Einheit vieler Länder lässt sich nur durch Aufstockung der Pyramide der Repräsentation durch weitere Repräsentativorgane bewältigen.

Wer hier meint, es fehle die Unmittelbarkeit der Konstitution durch die „Basis“, der weiß nicht, wovon er spricht: Er kennt weder die ursprüngliche politische Unzulänglichkeit einer jeden Basis, noch die eminente Herausforderung, die in der Errichtung einer nur durch Staaten zu schaffenden staatlichen Organisation besteht – einer Institution, die auf dem Fortbestand der Trägerstaaten beruht. Mit Blick auf die Zahl der beteiligten Träger und die Vielfalt der Aufgaben gibt es dafür kein geschichtliches Vorbild. Insofern ist die EU eine weltpolitische Innovation, die weit über das hinausgeht, was etwa bei der Errichtung der Vereinigten Staaten von Amerika zu leisten war.

Man sollte sich die unerhörte Aufgabe der Erfindung von etwas völlig Neuem vor Augen halten, ehe man sich darüber beklagt, dass „Brüssel“ zu weit weg, zu schwerfällig, überbürokratisiert, zu mächtig oder zu schwach erscheint. In meinen Augen stellt allein die Tatsache der EU eine ingeniose Leistung dar, bei der es gar nicht genug verwundern kann, dass sie möglich gewesen ist, und die nun nicht nur vor den üblichen politischen Problemlast steht, sondern sich in deren

Bewältigung überdies vor vollkommen neuartige Organisationsaufgaben gestellt sieht.

Ganz abgesehen von dem großen Versprechen der Friedenssicherung in einem Raum, der jahrhundertlang von Kriegslärm erfüllt war, ist es ein Wunder, dass es die EU überhaupt gibt, ist es doch eine alle Phantasie und alle Tatkraft herausfordernde Leistung, dieses beispiellose Staatsgebilde mit seinen unterschiedlichen Traditionen, Kompetenzen und Sprachen auch organisatorisch möglich zu machen. Wer hier einen erkennbaren Mangel, eine ihn störende Unzulänglichkeit oder auch ein ihn betreffendes gravierendes Defizit zum Anlass für eine Verwerfung des ganzen Vorhabens macht, hat nicht verstanden, welche singuläre geschichtliche Erwartung an das Gelingen der Europäischen Union geknüpft ist.

Die Griechen standen mit der Errichtung einer gerechten *polis*, die, wie Solon es forderte, zu einem „Lastenausgleich“ (*Seisachteria*) zwischen den verschiedenen Teilen der Bevölkerung fähig ist, am Anfang der Entwicklung. Sie erkannten etwas mehr als 200 Jahre später in der „Teilhabe“¹ den ursprünglichen Akt politischer Organisation. Um ihn zu bewältigen, braucht man eine Vorstellung vom Ganzen der Stadt, als dessen Teil sich jeder selbst zu begreifen und dann auch aktiv zu bewähren hat. In dieser Teilhabe lagen die intellektuelle Zurechnung des Einzelnen zum Ganzen und die praktische Verantwortung in der eigenen, mit anderen Individuen abgestimmten Aktivität vor den Augen aller anderen. Partizipation setzt somit Repräsentation sowohl als geistigen Akt wie auch institutionelle Leistung voraus (vgl. Gerhardt 2007).

Alle Politik ist, abgesehen von ihrer impliziten *Öffentlichkeit*, auf *Repräsentation* und *Partizipation* gegründet und sie bedarf dazu einer rechtsförmigen *Konstitution* (Gerhardt 2016, S. 431–444). Alle vier Grundbedingungen: *Partizipation*, *Repräsentation*, *Konstitution* und *Publizität*, sind in der EU gegeben. Kritik kann sich somit grundsätzlich nur auf die Gewichtung der jeweiligen nationalen oder sozialen Anteile und auf ihre pragmatische Ausgestaltung beziehen. Und es ist ein die EU auszeichnender Tatbestand, dass es, nach den gemachten Erfahrungen und entsprechend der legitimen Ansprüche, schon nach kurzer Zeit *Reformen* geben kann. Für sie kann und muss man eintreten, wo immer es erforderlich ist. Aber die Reformprozesse setzen bereits die Legitimität der bestehenden Organisation voraus.

¹ *Methexis* – ein Ausdruck, den wir heute mit „Partizipation“ übersetzen. Der Begriff findet sich schon bei Platon und wird von Aristoteles systematisch entfaltet. In dieser Gründungszeit der politischen Theorie geht es sogleich um unterschiedliche Modelle der *Partizipation* durch eine Herrschaft durch Räte und Gerichte oder durch eine kleine Zahl aristokratischer oder oligarchischer Vertreter oder durch einen Herrscher, der sich als Monarch oder als Tyrann aufführt.

Dass diese Legitimität vornehmlich von populistischen Gruppierungen in Zweifel gezogen wird, ist nicht überraschend. Schließlich sind sie ja bereits in ihren Ursprungsländern durch ihre Kritik am herrschenden politischen System zu Einfluss gekommen. Ihnen fehlt in den meisten Fällen nur noch die Macht, die parlamentarische Repräsentation auszuschalten, Partizipation nur dort zu erlauben, wo sie sie nicht stört, und Öffentlichkeit nur zuzulassen, solange sie die eigene Meinung verbreitet. Konstitution, also grundrechtliche Rechtsförmigkeit wird nur dort gutgeheißen, wo sie einem selbst Vorteile bringt.

Kurz gesagt: Die radikale Kritik an der Funktionsweise der EU verrät nicht nur eine Unkenntnis der Motive, aus denen sie nach den Lehren aus zwei Weltkriegen, die Europa zerstörten, und angesichts der bedrohlichen Herrschaft des kommunistischen Totalitarismus entstand. Die Kritik verkennt auch die enormen politischen Schwierigkeiten, die unvermeidlich mit dem für die globale Weltgemeinschaft paradigmatischen Ziel, viele Staaten mit eigener politischer Tradition in einer handlungsfähigen politischen Union zusammenzuführen, verbunden sind.

7 Anerkennung innereuropäischer Unterschiede

Ein der politischen Realität der letzten Jahre ungleich näher stehender Punkt ist, dass die Staaten der EU etwas Selbstverständliches vergessen haben: Sie haben in der Frage der Migration darin versagt, Rücksicht auf die jeweiligen Besonderheiten in ihren Mitgliedsländern zu nehmen. So kann man, um nur ein Beispiel zu nennen, die osteuropäischen Länder, die lange Zeit unter totalitärer Herrschaft haben leben müssen, nicht nach den gleichen Maßstäben messen wie die schon länger in demokratischen Traditionen stehenden Länder Westeuropas. Wer noch damit befasst ist, eine Rechtsordnung aufzubauen und zu wirtschaftlicher Stabilität zu finden, der muss gerade von seinen Nachbarländern vor zusätzlichen Belastungen geschützt werden. Auch dass die Länder, bei denen die Bootsflüchtlinge über das Mittelmeer anlandeten, besondere Hilfen hätten erhalten müssen, hätte als selbstverständlich gelten müssen.

Unterschiede zu sehen und ihnen im Interesse der europäischen Einheit Rechnung zu tragen, ist ein allgemeiner Grundsatz, der in Europa vorrangig sein sollte. So hätte man auch mit dem Umstand umgehen müssen, dass die Europäische Gemeinschaft in ihrem Mitglied Großbritannien von Anfang an immer auch einen Gegner gehabt hat, dem der Geist der Gemeinschaft fremd blieb. Aber die Briten wussten die wirtschaftlichen Vorteile zu schätzen. Doch als sich die Lage der britischen Wirtschaft in den 1980er Jahren gebessert hatte, wurden die englischen Politiker, meist gegen besseres Wissen, zu habituellen Nörglern, die

damit die Einfallslosigkeit ihrer eigenen Politik verbrämten und denen Europa keine konstruktiven Initiativen verdankt.

Mit dem Anstieg der Zahl der Migranten, dem Zustrom von Arbeitskräften aus neuen Mitgliedstaaten im Osten der EU sowie mit dem Absinken der Erträge aus den Ölfeldern in der Nordsee wuchs in England die Unzufriedenheit mit der EU weiter an. Ihr hätte man auch mit Argumenten begegnen können, die auch die klagenden Bevölkerungsgruppen, die gar nicht wussten, welche Vorteile sie durch die Gemeinschaft mit den Ländern auf der anderen Seite des Kanals tatsächlich hatten, erreicht hätten. Die Aufklärung aber hat man den Nebelwerfern in den beiden großen Parteien überlassen, für die es das Bequemste war, die Schuldigen auf dem Festland zu suchen, um so von ihrer eigenen Verantwortung abzulenken. Wäre die Entscheidung über den *Brexit* anders ausgefallen, wenn man die erkennbaren Sorgen über die unregelmäßige Zuwanderung zur Insel ernster genommen hätte? Ich glaube es, weiß es aber natürlich nicht.

Der Ausgang des Referendums ist eine Tragödie. Und so frage ich mich, ob die Europäer gut daran tun, die Briten mit ihrem Meinungsstreit sich selbst zu überlassen. Gewiss, Einmischung, selbst mit den besten Argumenten, kann eine Abwehr zur Folge haben, die alles nur noch schlimmer macht. Das gilt vermutlich für alle Kommissare aus Brüssel. Aber dass niemand aus den europäischen Schwesterparteien es wenigstens versucht hat, mit den britischen Partnern so zu sprechen, dass es auch öffentlich kenntlich geworden wäre, ist, so meine ich, ein schwerer Fehler.² Und kann europäische Solidarität allein von Regierungsvertretern erwartet werden?

Nun hat die britische Politik sich ins Abseits manövriert und die Menschen auf der Insel werden es bitter zu spüren bekommen. Aber verloren hat auch Europa, wenn es denn tatsächlich zur Abtrennung kommt. Zwar dürften die erfolgreichen *Brexit*-er es besonders schwer haben, ihrem Volk zu erklären, warum es ihm nach dem *Brexit* so viel schlechter geht. Aber ganz Europa wird an Wirtschaftskraft und politischer Bedeutung schrumpfen. Wäre das Lehrgeld nicht so teuer, könnte man auch den anderen inzwischen auffällig gewordenen Abweichlern in der EU empfehlen, auszutreten, damit sie dann ganz für sich ihre Erfahrungen nicht nur mit den Defiziten ihrer wirtschaftlichen Leistungsbilanz, sondern auch mit der eurasischen Großmacht im Osten machen können.

² Martin Schulz, wenn ich mir diese Nachbemerkung erlauben darf, hat hier als langjähriger Präsident des Europaparlaments eine historische Chance vertan.

8 Die größte Gefahr für das vereinigte Europa kommt von einem Nachbarn

Von der Russischen Föderation, in der die verbliebenen demokratischen Reste in der Wahl der Duma und des Präsidenten immerhin die Achillesferse ihres präsidialen Populismus darstellen, müsste ausführlich die Rede sein. Ich beschränke mich auf einen für Europa vordringlichen Punkt:

Solange Putin an der Regierung ist, wird die Russische Föderation gewiss keinen Krieg nach Mittel- und Westeuropa tragen. Aber sie wird sich nicht scheuen, weiterhin auf nationalistisch verwertbaren Landraub zu gehen und an den südöstlichen Rändern Europas seine Interessensphäre – notfalls auch mit Waffengewalt – auszuweiten.

Als die Erweiterung der EU durch die Ukraine anstand, hat Putin seine schon seit Jahren gegen die baltischen Staaten und gegen Polen gerichtete Obstruktion in eine offene Gegnerschaft verwandelt, die sich in der Annexion der Krim und im Schüren der Kriegshandlungen im Donezbecken nun schon seit vier Jahren hinzieht. Das schüchtert Staaten an der Ostgrenze der EU ein und verhindert den Ausbau wirtschaftlicher Beziehungen, die für den Aufbau von Zivilgesellschaften in ganz Europa unerlässlich sind.

In Russland also haben wir den schärfsten Widersacher der EU, weil es deren wirtschaftlichen Erfolg und deren Wohlstand vornehmlich innenpolitisch zu fürchten hat. Der Kontrast zum benachbarten Westen, von dem viele Nachrichten in den Machtbereich des Kreml gelangen, könnte die Unzufriedenheit der russischen Bevölkerung weiter steigen lassen. Die Systemkonkurrenz, in der Putin nicht obsiegen kann, ist ihm lästig, und so scheut er keinen Rechtsbruch und keine Gewalt, um seine Macht zu festigen.

Es könnte so scheinen, als sei der Widerstand gegen Putin keine Existenz-, sondern nur eine Profilierungsfrage für die EU. Vor dieser Schlussfolgerung möchte ich warnen. Russland verfolgt mit allen publizistischen Mitteln, mit Cyberattacken, Entführungen, Giftanschlägen und durch die Finanzierung populistischer Bewegungen eine Verunsicherung des Westens, die angesichts der sich dort ausbreitenden antidemokratischen Stimmung, der Korruption in vielen Ländern und der Autonomiebestrebungen in Spanien, in Belgien und in den östlichen Mitgliedsstaaten leicht auch zu einem Zusammenbruch der Union führen kann.

Die Gefahr, die insbesondere mit dem Populismus für die Demokratien in Europa verbunden ist, liegt auf der Hand. Die Wahlergebnisse der letzten Jahre sind das *Menetekel*, das niemand übersehen kann. Es zeigt mit hinreichender Deutlichkeit, dass die Krise in Europa noch lange nicht überstanden ist.

9 Krisenmomente und Entwicklungsperspektiven

Mit diesen Hinweisen sind in aller Kürze – eher rhapsodisch als systematisch – einige mir wichtig erscheinende Konstitutions- und Krisenmomente der Europäischen Union in Erinnerung gerufen. Ein *Historiker* hätte das gewiss kundiger und knapper vermocht. Und wenn es ihm gelänge, einen hoffnungsvolleren Ausblick zu geben, würde es mich freuen.

Überdies möchte ich hoffen, dass ein *Ökonom* eine günstigere Bilanz der Maßnahmen zur Bewältigung der Finanzkrise von 2008 ziehen kann. Ich hatte in dieser Zeit Gelegenheit, den zuständigen deutschen Finanzminister Peer Steinbrück aus der Nähe zu erleben und war ermutigt. Ich weiß auch zu schätzen, dass die EU wirksame Maßnahmen zur besseren Kontrolle und Sicherung des Bankensystems ergriffen hat, kann aber nicht beurteilen, ob sie geeignet sind, nicht nur die zu Prüfzwecken verordneten Stresstests zu bestehen, sondern auch realen Belastungen standzuhalten. Die Erfahrungen mit der HSH Nordbank lassen mich skeptisch sein.

Mir muss es genügen, durch den Verzicht auf den Begriff des Feindes, etwas zur semantischen Befriedung beizutragen. Wo Gegner sind, die man immer hat und mit denen man auch immer von Neuem rechnen muss, ist die Lage schon deshalb nicht so aussichtslos, weil man nicht gleich den Krieg zu fürchten hat, der erfahrungsgemäß jedes politische Kalkül zerstört. Die wahrgenommene Gegenwart von Gegnern hat überdies den Vorteil, dass sie uns nicht nur erkennen lässt, welche Krisen fortbestehen; vielmehr hat man so auch größere Chance, kommende Krisen vorzusehen und sie womöglich besser vorbereitet anzugehen.

Bei alledem habe ich einen Europa neu erwachsenen Gegner noch gar nicht erwähnt, nämlich den amerikanischen Präsidenten Donald Trump. Der hat das von der europäischen Linken so heftig angefeindete *TTIP-Abkommen* gar nicht erst beachtet. Es kam für ihn allein schon deshalb nicht in Frage, weil es, nach seinem Urteil, den Europäern zu viele Vorteile einräumte! Nun schickt er sich – nach den inhaltsleeren Avancen, die er den Engländern gemacht hat – an, durch seine Politik der willkürlich verhängten Strafzölle und mit der einseitigen Aufhebung des Kontrollvertrages mit dem Iran die Europäische Union ökonomisch zu zerlegen. Das ist angesichts der ohnehin wirtschaftlich schwierigen Lage der Industrienationen eine eminente Gefahr. Und dieser Gefahr, so meine ich, können wir am besten begegnen, wenn wir sie als eine so zwar nicht gewollte, nun aber einfach zu ergreifende Chance verstehen und zu zeigen versuchen, welche Vorzüge ein einiges Europa bietet.

Nun müsste die EU in die Offensive gehen und in einer breiten Kampagne erklären, welchen politischen Fortschritt sie allein durch ihre Existenz darstellt.

Dabei darf sich die Kommission nicht scheuen, in einer nüchternen Bilanz, die auch die Nachteile, die Schwächen und das Versagen nicht verschweigt, von ihren Leistungen zu sprechen. Es sind nicht nur die jüngeren Bürger, die keine Vorstellung von der historischen Innovation der Gemeinschaft und den mit ihr verbundenen Aufgaben haben. Sie ahnen auch gar nicht, welche Vorteile sie allein durch die Existenz der Union genießen, und was sie verlieren, sollte die EU nicht mehr bestehen.

Also hat die EU-Kommission die Aufgabe, den historisch einzigartigen Erfolg des auch nachträglich wie ein Wunder erscheinenden Einigungsprozesses zu bilanzieren, die Erträge des extremen Klärungs-, Beratungs- und Verwaltungsaufwand zu schildern und damit deutlich zu machen, dass die seit Jahrzehnten ironisierte Brüsseler Bürokratie hier etwas zustande gebracht hat, das im Interesse der souverän gebliebenen Einzelstaaten alles andere als sinnlos war. So könnte deutlich werden, wie die EU das Leben und Arbeiten ihrer Bürger bereichert und dennoch leichter gemacht hat.

Diese Informationsoffensive ist gewiss die leichtere Aufgabe. Sie kann nur zu politisch tragfähigen Erwartungen führen, wenn die EU den Herausforderungen, die ihr durch die Iran-Sanktionen und die Zollpolitik der USA sowie durch den Ukraine Konflikt aufgeboten werden, klug und entschlossen begegnet. Sie hat eine, nicht nur auf China beschränkte, handelspolitische Offensive nach Osten und Süden zu ergreifen und muss den Standort Europa in der Entwicklung, Produktion und im Vertrieb digitaler Techniken attraktiver machen. Dass der Niedergang der USA in allen Fragen der Umwelttechnik nicht nur eine politische, sondern auch eine große humanitäre Chance für Europa bietet, ist offenkundig und fordert weitergehende Initiativen der EU.

So könnte ich die Agenda, die aus meiner begrenzten Sicht von der EU abzuarbeiten ist, fortsetzen. Das ergäbe mühelos einen weiteren Beitrag. Davon lasse ich mit dem Bekenntnis ab, dass mir das Herz aufgehen könnte, wenn ich nur daran denke, welche großen Aufgaben vor einem politisch geeinten Europa liegen. Diese Aufgaben bestehen mit und ohne England, wobei ich bekenne, dass ich immer noch hoffe, dass es zur Abtrennung Großbritanniens doch nicht kommt. Und wenn die britische Politik doch den *Brexit* zulässt, sollte sich Europa dafür offenhalten, dass der größere Teil der Menschen in Großbritannien vermutlich bald wieder zurückkehren will.

10 Nachtrag zum Laboratorium Europa

Vor zehn Jahren habe ich wiederholt eine Bewertung der Europäischen Union vorgetragen, die von einer erwartungsvollen Einschätzung des Großexperiments

getragen war, auf das sich die Europäer nach dem Zweiten Weltkrieg eingelassen hatten. Ich war überzeugt, dass der Einigungsprozess von allen Mitgliedsländern als irreversibel angesehen wird und die Integration in absehbarer Zeit zu *Vereinigten Staaten von Europa* führen würde. Von einem „Laboratorium“ habe ich in der Hoffnung gesprochen, dass Europa ein Experiment wagt, das exemplarisch zeigen kann, wie die globale Zersplitterung der Staatenwelt zu überwinden ist. Der Großversuch der Europäischen Union könne, so meinte ich, zum Vorbild für die Menschen auf anderen Kontinenten werden, wenn auch sie einsehen, dass großräumige politische Föderationen nötig werden, ohne die es sich schwer vorstellen lässt, wie eine Steuerung des menschlichen Lebens ohne „Weltrepublik“ und ohne globale Ökodiktatur möglich sein soll.

Diese Überzeugung habe ich nach wie vor. Umso größer ist meine Enttäuschung, dass die Europäer, die es schon bis zu einer staatsförmigen Staatenunion geschafft haben, offenbar nicht die Kraft und den Mut aufbringen, wenigstens an dem Erreichten festzuhalten. Nun sind es bereits die kleinen Schatten ökonomischer Probleme, die in der Lage sind, dem Versuch ein Ende zu machen. War es nicht seit langem absehbar, dass allein die durch die Natur gesetzten Grenzen des Wachstums zu Verwerfungen führen müssen, die einer fortgesetzten Mehrung von Sicherheit und Wohlstand im Weg stehen? Kann man auch nur von „Weitblick“ sprechen, wenn es um die Erkenntnis geht, dass die Erde für die große Zahl von Menschen nur bewohnbar bleibt, wenn sich die Staaten zu einer globalen Kooperation und Kontrolle bereitfinden? Kann es wirklich sein, dass die Aussicht auf mit Sicherheit kommende Krisen die Menschen schon im Vorfeld davon abbringt, sich rechtzeitig auf deren Bewältigung einzustellen?

Es darf nicht sein, wenn wir uns nicht sehenden Auges in eine weltpolitische Katastrophe treiben lassen wollen, dass wir zu deren Verhinderung das einzige human vertretbare und vielleicht auch Erfolg versprechende Mittel, nämlich die Ausbildung eines gemeinsamen politischen Willens, aus der Hand geben. Denn kommt es nicht zu einer geordneten Bildung eines solchen Willens, können wir noch nicht einmal hoffen, die zu erwartenden Krisen so zu überstehen, dass zugleich Kriterien des Rechts und der Menschlichkeit gewahrt bleiben.

Von der möglichen Vermeidung einer solchen selbstverschuldeten Preisgabe des politischen Handelns kann hier so wenig die Rede sein wie von den Kriterien, die mit Blick auf eine menschliche Zukunft zu beachten wären (Gerhardt 2016, S. 431–444). Aber vielleicht kann es eine Ermutigung sein, sich im Rückblick auf die politische Geschichte klar zu machen, dass die größten strukturellen Veränderungen der Politik angesichts der Bewältigung aussichtslos erscheinender Krisen erfolgt sind. Das gilt für die auf das Prinzip der Gerechtigkeit gegründete *polis* durch Solon, für den Übergang von der Königsherrschaft zur partizipativen Wahrnehmung der *res publica* im antiken Rom und für die erfolgreiche Wieder-

erinnerung an das *Prinzip der Republik* in der Bewältigung der Spaltung zwischen kirchlicher und staatlicher Herrschaft in der beginnenden Neuzeit. Und wer glauben sollte, die *Ideen des Menschenrechts* und der *Toleranz*, der Aufstieg des *Völkerrechts* und der Versuch, den *Frieden* durch weltweite Kooperation zu sichern, seien Ausgeburten von Überfluss und Müßiggang, der hat eine idyllische Vorstellung von der Geschichte der Menschheit. Sie sollte nicht auch noch die Vorstellung von der Zukunft dominieren, indem man glaubt, die eigene nationale Größe könne einem selbst ein besseres Schicksal sichern.

Bibliographie

- Gerhardt, Volker (2007): *Partizipation. Das Prinzip der Politik*. München: Beck.
- Gerhardt, Volker (2008): „Laboratorium Europa“. In: *Merkur* 706, S. 218–232.
- Gerhardt, Volker (2012): *Öffentlichkeit. Die politische Form des Bewusstseins*. München: Beck.
- Gerhardt, Volker (2016): „Demokratie als politische Form der Menschheit“. In: Daniel Brühlmeier/Philippe Mastrorardi (Hrsg): *Demokratie in der Krise. Analysen, Prozesse und Perspektiven*. Zürich: Chronos, S. 431–444.